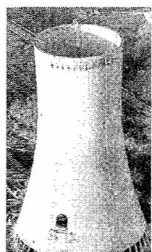


# Trianel: Belastung soll sinken

## Kühlturm-Technik ändert Prognose

LÜNEN. Ein weiterer Genehmigungsantrag, eine neue Immissionsprognose und voraussichtlich noch ein öffentlicher Erörterungstermin: Das Trianel-Kraftwerk rückt wieder in den Blickpunkt.

*12N 30.10.10.*  
Der bei der Bezirksregierung Arnsberg eingereichte Antrag für die sechste Teilgenehmigung umfasst laut Behörde „die Änderung der bislang vorgesehenen Betriebsweise und Betriebswerte des geplanten Kraftwerks.“



Konkret geht es um die Technik des **Abgas-Kühlturms** (Foto). Geplant sei die „Absenkung des Kühlturm-

schwadenvolumenstroms mit daraus resultierender Erhöhung der Schwadentemperatur und die Erhöhung des maximalen Rauchgasvolumenstroms bei gleichzeitiger Absenkung der Emissionsgrenzwerte.“

So weit, so technisch und für Laien kaum verständlich. Im Ergebnis jedenfalls soll die



Schadstoff-Belastung der Umwelt durch das Kraftwerk sinken. Das gehe aus der aktualisierten Immissionsprognose hervor, die Trianel vorgelegt hat, sagte **Jörg A. Linden** (Foto 2), Sprecher der Bezirksregierung. Für Trianel erläuterte Sprecher Elmar Thyen: „Wir wollen modernste Technik einsetzen. Vor über drei Jahren, bei der ersten Prognose, war der Stand der Technik für den Kühlturm ein anderer als heute.“

Eine aktualisierte FFH-Verträglichkeitsuntersuchung hat Trianel ebenfalls eingereicht. Darin geht es darum, welche Auswirkungen der Kraftwerksbau auf die Tier- und Pflanzenwelt in den be-

sonders geschützten Lippeauen (Fauna-Flora-Habitat-Gebiet) hat.

Eine solche vollumfängliche FFH-Verträglichkeitsprüfung hatte das Oberverwaltungsgericht Münster (OVG) bei der ersten Verhandlung im März 2009 von Trianel gefordert. Das Verfahren ruht im Moment, bis der Europäische Gerichtshof seine Entscheidung über die Klagerechte von Naturschutzverbänden verkündet. Danach wird in Münster erneut verhandelt. Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) hatte gegen das 750 MW-Steinkohlekraftwerk geklagt, das für 1,4 Milliarden Euro im Stummhafen entsteht.

### Erörterung ab 14. Februar

Die aktuellen Antragsunterlagen liegen öffentlich aus. Sollte es Einwendungen geben, wovon auszugehen ist, plant die Bezirksregierung einen öffentlichen Erörterungstermin, der am 14. Februar 2011 um 10 Uhr im Hansesaal beginnt und bei Bedarf bis zum 18. Februar fortgesetzt werden könnte.

Der Erörterungstermin zum ersten Genehmigungsantrag im August/September 2007 dauerte acht Tage.

Dass sich die Bezirksregierung zu einem weiteren Termin entschlossen hat, begründete Sprecher Linden damit, „dass wir jetzt eine neue Qualität haben, die eine Bürgerbeteiligung zum zweiten Mal rechtfertigt“.

Peter.Fiedler

@ruhrnachrichten.de

### Unterlagen

Antrag und Unterlagen liegen vom 8. November bis 7. Dezember in neun Städten der Region aus. In Lünen im Technischen Rathaus, Willy-Brandt-Platz 5, Raum 315. Einwendungen sind bis 21. Dezember möglich.